

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesia (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 50 M. ...
Verlagsanstalt: ...

Mittwoch, 22. Februar 1922

Verlagspreis: Die ...
Kellerei: ...

England und Genoa.

Von ...

Bis zur Konferenz in Cannes war es Lloyd George gelungen, eine ...
England sieht sich besonders zwei Fragen gegenüber, die wenigstens für den Augenblick unauflösbar erscheinen.

Wenn aber schon die internationale Lage der herrschenden Klassen in Großbritannien sich im abgelaufenen Monat nicht verbessert hat, so ist deren innenpolitischer Zustand kaum besser geworden.

Es bleibt mithin übrig, George nur ein Weg offen, nämlich die Staatsausgaben ganz erheblich einzuschränken.

Strens erhält deutlich die Bedeutung der Washingtoner Konferenz für die Stabilisierung der Finanzen des Britischen Reiches.

Der Eisenbahn-General warnt.

Die Eisenbahner sollen Maßregelungen und Massenentlassungen wehrlos hinnehmen.

Der Hilfsabteilungsleiter ...
Die Maßregelungen, die die ...

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnen ...
Ich mache darauf aufmerksam, daß der Reichstag in weit überwiegender Mehrheit den Standpunkt der Regierung in der Streikfrage gebilligt hat.

Wir können die Schmerzen Groeners verstehen, der sich vermisst die Defizitwirtschaft bei der Eisenbahn zu befehlen, indem er wohl die Löhne und Gehälter reduziert, Massenentlassungen vornimmt, aber nicht an die Wurzel alles Übels die Art ansieht, nämlich die Preispolitik Strens bekämpft.

Für eine durchgehende Erhöhung der Gehälter.

Die Verbandsleitung des Bayerischen Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, den ausländischen Arbeitermassen in Berlin

eine Kundgebung zu unterbreiten mit dem nachdrücklichsten Ersuchen, umgehend den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn durch eine allgemeine durchgehende Erhöhung der Gehälter und Löhne, die nicht hinter die Deflationierung der Bergarbeiter zurückbleibt, zu Hilfe zu kommen.

Also Herr Minister-General, wenn Sie nicht Ihre Vertreter in Bayern wechsellieren wollen, dann erfüllen Sie die Forderungen, die allen Eisenbahner Deutschlands gemeinsam sind.

Wenn sich die Regierung der Kapitalisten anerkennend für diese selbstverständlichen Forderungen zu erfüllen, dann wird Sie auch die unendlich abgegebene Erklärung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnenbeamten, in seinen neuen Streik einzutreten, nicht helfen.

Streik der Berg- und Hüttenarbeiter im Mansfelder Revier.

Die am Donnerstag den 16. d. M. in Eisleben tagende und von 250 Betriebsräten und Funktionären der Gesellschaft besuchte Konferenz, hatte beschlossen, nach Ablauf des bis Sonnabend mittag gefestigten Ultimatum an die Unternehmer geschlossen in den Streik zu treten.

Die Arbeiter in diesem ältesten Industriegebiet Deutschlands, die von den Sozialdemokraten so oft verdrängten „reicheren Knappen“, die aber, einmal den Sozialismus erkennend, gerade beim Ausbruch im März ihren Mut an den Tag gaben, kämpfen einen gerechten Kampf.

Außer wegen der Verschärfung der Ausgabenkontrollen steht die Sedbes-Kommission auch eine Ausgabenverminderung von 38 Millionen Pfund in verschiedenen Abteilungen vor, die mit der sozialen Fürsorge für die breiten Massen zusammenhängen.

Also Lloyd George hofft, dem Verhängnis zu entweichen zu können, daß er sich der englischen Arbeiterklasse als der Mann vorstellen mag, dessen Regierung England in den Konflikt führe.

und Kräfte längst überdrüssig geworden ist. Und auch im zweiten Falle kann er sich dem Kleinbürgertum empfehlend in Erinnerung bringen als der Mann, der wirklich Sozialismus macht.

Hierbei kann allerdings seine Regierung sehr leicht Schiffbruch leiden. Denn sein Erbschaftsplan hat bereits in den großen verschwenderischen Ministerien, insbesondere bei der Armee, Marine und Luftschiffahrt eine große Oppositionsbewegung angeregt, an deren Spitze Winston Churchill sich gestellt hat.

Er steht wieder einmal am Ende seines Lebens bei der Aufhebung einer Partei, mit deren Hilfe er das Volk von der Erkenntnis der wirklichen Lage in England abzu-

Stadtbibl. BRFLAU 73 222

MAY 1922

Schweres Bergwerksunglück in Oberschlesien.
 Durch Einatmung giftiger Gase verloren am Sonntag drei Förderleute und drei Säuer ihr Leben. Da die Rettungsarbeiten sofort aufgenommen wurden, gelang es, die gesamte übrige Belegschaft vor Schäden zu bewahren. Der Betrieb erleidet durch den Unfall keine Störung.

Eine kommunistische Partei muß makellos dastehen!

Es ist von Seiten der SPD, üblich, den Kommunisten nicht mit sachlicher Politik, sondern durch persönliche Beschuldigungen anzugreifen. Besonders die Versammlungsredner der SPD, lieben es in Ermangelung zureichender Argumente gegen die KPD, den Kommunisten irgend welche Personen, die sich als unzuverlässig erweisen haben und dann aus den Reihen der SPD, ausgeworfen werden müßten, um die Ohren zu schlagen.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung! Bergarbeiter!
 Gewerkschaftsabteilung, Industrie-Gruppe: Bergbau.
 Berlin, den 20. Februar 1929.
 Die mitteldeutschen Bergarbeiter haben den Vorschlag des Mansfelder Syndikats, die Streitfragen über den Mantelarif, sowie Lohn- und Arbeitszeitfragen abgelehnt. Wir haben bereits im „Kommunistischen Gewerkschafter“ darauf hingewiesen, daß die im Reichsmantelarif vorgesehene Ausschaltung der Unorganisierten und Unionisten von den Sozialistinnen unter keinen Umständen das Kampfsziel sein darf. Der Bergarbeiter-Verband schiebt aber nur diese Frage in den Vordergrund. Unsere Genossen müssen darauf hinweisen, daß ein Kampf gegen einen Teil der Arbeiterschaft selbst von vornherein nur zum Vorteil der Kohlenbarone ausfallen kann. Es wäre für die kapitalistischen Machthaber eine willkommene Gelegenheit, nachdem sie die Eisenbahner niedergeschlagen haben, nun die Bergarbeiter niederzuknallen. Bezeichnend ist auch, daß der VAB diese Probe im Mansfelder zuerst vornehmen will und nicht in dem bedeutendsten Kohlenrevier, dem Ruhrgebiet. Bei der heute immer schlechter werdenden Lebenshaltung des Bergproletariats, der geschäftlichen Ausbeutung durch das Kapital, dürfen sich die Bergarbeiter nicht Ziele setzen, die die Einheitsfront der Bergarbeiter zerschanden. Der Kampf muß sich richten gegen die Verschlechterungen, die im Mantelarif vorgesehen sind, gegen die ungerechte Urlaubsregelung und Arbeitszeit, besonders in der Braunkohlen- und Kalk-Industrie, und vor allen Dingen für eine gleichmäßige Erhöhung der Löhne in allen Kohlenrevieren, zumindestens um die von der Essener Konferenz des VAB verlangten 20 Prozent. Hier muß der VAB den Kampf aufnehmen, nicht nur in einem Revier, sondern geschlossen in allen Bezirken. Dann werden die Bergarbeiter wie ein Mann hinter ihm stehen und auch die Frage der Unorganisierten wird damit gelöst sein. Der VAB soll zeigen, daß er gewillt ist, für lebenswichtige Forderungen der Bergarbeiter zu kämpfen, dann gewinnt er auch das Vertrauen der außenstehenden Massen.



Uns kann diese demagogische Methode des Kampfes gegen den Kommunismus nicht schrecken, denn die Arbeiter wissen:
 Erstens wird es auch bei der größten Vorsicht nicht ganz zu vermeiden sein, daß sich unläutere Personen an die KPD heranhängen (oft sind es von sozialdemokratischen Parteipräsidenten bezahlte Spione).
 Zweitens ist es selbstverständlich, daß die entschlossene und klare Partei des Klassenkampfes am meisten auf ihre proletarische Ehre halten muß und im Interesse der großen Sache nur völlig einwandfreie Persönlichkeit an die Spitze stellt.
 Eine kleinbürgerliche Wichtigtuerei, allerdings, wie es heute die SPD ist, darf es im proletarischen Proletariat nicht geben, wie Moske und Höfing, noch immer Parteigenossen sind und, wie Moske, sogar als Spitzenkandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt wurden.
 Wenn also hier und dort in der KPD gereinigt wird, dann ist dies nur ein Zeichen von der Echtheit der Idee des Kommunismus, deren Beschmutzung von den Kommunisten nicht gebildet wird.
 Das nebenstehende Bild stellt dar, wie in Sowjet-Rußland die Partei von unbrauchbaren Elementen gesäubert wird.
 Kommunist sein, heißt ein untadeliger, nie verzagender, tapferer, opferbereiter und moralisch einwandfreier Soldat der proletarischen Revolution sein.

Wie in Sowjet-Rußland ausgefegt wird.

Kommunistischer Erfolg.
 Am Sonnabend, den 18. Februar, fand die Generalversammlung des Ortsausschusses des KPD in Waldenburg statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Bericht des Betriebssekretärs, 3. Bericht des Kassierers, 4. Bericht der Kommissionen, 5. Neuwahl des Vorstandes, 6. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab der Vorsitzende, Kollege Brand, den Bericht. In Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung wurde nur allgemein über die Tätigkeit im vergangenen Jahr berichtet, wenn es auch angebracht gewesen wäre, mehr Positives anzuführen.
 Zum zweiten Punkt sprach Kollege Strich, der ausführlich die Kostenfrage der Betriebsratzentrale behandelte und erwähnte, daß durch die Schulung der Betriebsräte schon ein ganz ansehnlicher Stamm von geschulten Arbeitern herangezogen sei.
 Den Kasserbericht gab Kollege Bierig. Er betonte vor allem die Schwierigkeit, aus dem Defizit herauszukommen, was aber bis Ende des Jahres erreicht wurde. Weitere Ausführungen machte er über das Jugendheim, welches auf die Dauer vom Ortsteil nicht gehalten werden kann. Man hofft, in kurzer Zeit einen gangbaren Weg zu finden. Die

Abrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 98497,88 M ab. Die hauptsächlichsten Posten sind Jugendheim 12173,— M, Betriebssekretariat 22000,— M, Kartell 21394,— M, Bildungsausschuß 4000,— M, Bibliothek 3375,— M, usw. Zum Ausdruck kam, daß eine Erhöhung der Beiträge in kurzer Zeit notwendig sei.
 Der Bericht des Arbeiterssekretariats lag gedruckt vor. Für den Bildungsausschuß lag der Bericht ebenfalls gedruckt vor. Kollege Eichner gab mündlich noch einige Ergänzungen, bedauerte, daß von der Arbeiterschaft die Veranstaltungen des Bildungsausschusses nicht so besucht waren, wie es zu erwarten war. Kollege Eichner bedauerte dann, daß die Anfertigung eigener Veranstaltungen aufwartete und so eine Zerstückelung und Schwächung des Bildungswesens eintrete. Mit dem Wunsch um bessere Unterstützung im neuen Jahre schloß Kollege Eichner seine Ausführungen. Es wurde noch berichtet über Bibliothek und Hausbau.

In der Aussprache ging unser Genosse Metzger auf die einzelnen Berichte ein und bedauerte, daß die Berichte nicht so reichhaltig waren. Es wäre zu wünschen gewesen, daß mehr bestimmte Tatsachen angeführt worden wären und zeigt dies an einigen Beispielen. Es sprachen noch einige Kollegen die verschiedenen Wünsche und Bestrebungen vorbrachten.
 Die einzelnen Berichterstatter gingen in kurzen Schlußworten auf das Vorgebrachte ein, gaben Aufklärung oder versprachen Abstellung. Der Vorsitzende, Kollege Brand schloß dann die Berichte mit Worten des Dankes an die Delegierten für die Sachlichkeit bei der Aussprache.
 Beim Punkt Neuwahl gab es dann einige Ueber-raschungen. Nach einigen einleitenden Worten des Kollegen Brand legte dieser eine geschlossene Liste, vom alten Vorstand aufgestellt, vor. Daraufhin gaben die Kommunisten dann auch eine eigene Liste ab. Hatte sich vorher Kollege Brand für die Sachlichkeit der Diskussion bedankt, so wirkte es jetzt

Die Mutter.
 Sozialer Roman von Maxim Gorki.
 Uebersetzt von Adolf Seb.
 „Sie sind eben erst freigelassen... da sollten Sie sich ausruhen, und man tragen Sie solche Last sieben Meilen weit,“ meinte die Mutter mit einem Seufzer und schüttelte den Kopf.
 „Das muß einmal sein!“ antwortete das Mädchen zitternd. „Sagen Sie, wie geht's mit Pawel... hat es ihn nicht zu sehr aufgeregt?“
 Bei ihrer Frage blühte Sasha die Mutter nicht an, sie hatte den Kopf gesenkt und ordnete mit zitternden Fingern ihr Haar.
 „O nein!“ erwiderte die Mutter. „Er wird sich nicht gerören.“
 „Er hat doch eine gute Gesundheit!“ sagte das Mädchen leise.
 „Er ist nie krank gewesen!“ antwortete Jean Blawaw. „Aber Sie zittern ja am ganzen Leibe. Ich bringe Ihnen Tee mit Himbeersaft!“
 „Das wäre schön! Aber ich mache Ihnen Tee? Es ist schon spät. Lassen Sie mich selbst...“
 „So müde wie Sie sind?“ gab die Mutter lachend zurück und machte sich beim Samowar zu schaffen. Sasha hat ebenfalls in die Küche, setzte sich dort auf die Bank, legte die Hände an den Kopf, und sagte:
 „Ja... das liebe ich sehr! Der Aufenthalt im Gefängnis macht mich schwach. Diese dumme Unbilligkeit! Es gibt nichts Dummeres. Man sitzt wie ein wildes Tier im Käfig. Das hört einem das Herz aus...“
 „Und belohnt Sie für das alles?“ fragte die Mutter.
 „Und mit einem Seufzer gab sie sich die Antwort: „Niemand als Gott! Aber Sie glauben wohl nicht an Ihn!“

„Nein!“ erwiderte das Mädchen kurz mit einem Kopfschütteln.
 „Und ich will Ihnen nur sagen, daß ich Ihnen nicht glaube!“ erklärte die Mutter plötzlich aufgeregt. Dann rief sie ihre mit Kohlenstaub beschmutzten Hände schnell an der Schürze ab und fuhr im Tone heftiger Uebersetzung fort: „Sie verstehen ja selbst einen Menschen nicht! Wie könnt ihr ohne Glauben an Gott ein solches Leben führen?“
 Im Flur trat jemand laut auf und kehrte dann um; die Mutter fuhr zusammen, das Mädchen sprang schnell auf und hastete fort:
 „Defensiv Sie nicht! Wenn das Gendarmen sind... kommen Sie mich nicht... ich habe mich im Haus geirrt... bin zufällig zu Ihnen gekommen, in Demut gefahren, Sie haben mich entleidet, die Blätter gefunden. Verzeihen Sie!“
 „Mein liebes Kind... Warum?“ fragte die Mutter gerührt.
 „Warten Sie einmal!“ sagte Sasha, horchend. „Das scheint Jeger...“
 „Er war es. Ruh und vor Müdigkeit schwer atmend, trat er in die Küche ein.“
 „Ah! Der Samowar,“ rief er. „Das ist das Aller-schönste im Leben, beste Frau. Sie schon hier, Sasha?“
 „Indem er die kleine Küche mit seiner trübenden Stimme erfüllte, zog er langsam den schweren Rod aus und redete dabei ununterbrochen.“
 „Da haben Sie ein Frauenlein, das der Behörde wenig Freude gemacht hat! Als ein Gefängniswärter sie belästigte, erklärte sie, sie würde sich durch Hunger töten, wenn er sich nicht bei ihr entschuldigte. Sie hat dann acht Tage lang nichts gegessen, aus welchem Grunde sie beinahe alle letzten Worte von sich gedrückt hat. — Nicht abel, was ist für ein Beispiel, he?“
 „Schweigen und mit seinen kurzen Häubchen den aufwärtigen Hängebauch rühmend, trat er ins Zimmer, klopfte die Tür hinter sich und redete immer weiter.“

„Haben Sie wirklich acht Tage lang nichts gegessen?“ fragte die Mutter erstaunt.
 „Das möchte ich doch, damit er sich bei mir entschuldigt!“ erwiderte das Mädchen, die Köpfe zuckend. Ihre Ruhe und Hartnäckigkeit machten auf die Mutter den Eindruck eines Vorwurfs.
 „So!“ dachte sie und fragte dann wieder: „Wenn Sie nun aber gestorben wären?“
 „Was ist dabei zu machen!“ antwortete das Mädchen leise. „Er hat sich doch entschuldigt. Man darf sich kein Reden gefallen lassen...“
 „Ja—a...“ erwiderte die Mutter gedehnt. „Unser Kind wird sein ganzes Leben lang gekränkt...“
 „Ich habe abgelassen!“ erklärte Jeger, die Tür öffnend. „Der Samowar fertig? Glauben Sie, ich bringe ich ihn...“
 Er hob den Samowar auf, brachte ihn herein und sagte:
 „Mein seliger Vater hat für seine Person höchst eigenständig mindestens zwanzig Glas Tee täglich getrunken, weswegen er auch kreisläufig Jahre fröhlich und ohne Krankheit in dieser Welt zugebracht hat. Er mag es ja und war Küster im Dorfe Wostreffenskoja...“
 „Was sagen Sie, Sie sind Vater Jwans Sohn?“ rief die Mutter.
 „In eigener Person! Aber woher wissen Sie selbiges?“
 „Ich bin ja auch von Wostreffenskoja...“
 „Also sind wir Verwandte! Aus welcher Familie sind Sie?“
 „Von Ihrem Nachbarn! Ich heiße Georgina.“
 „Das lahme Kind! Lächer! Die Person ist nicht unbekannt. Ist nicht mein liebes Kind an D...“
 „Sie standen einander gegenüber, überschütteten sich mit Fragen und lachten. Sasha blühte sie lebhaft an und begann Tee zu kochen. Das Klappern des Gefäßes in die Mutter in die Müdigkeit zurück. (Fortsetzung folgt.)“

Wirtschaftliche Rundschau

Revolutionäre und Opportunisten.

Durch Erziehung der Arbeiterpartei erzielt der Marxismus den Vortritt des Proletariats, der befähigt ist, die Macht an sich zu nehmen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter und Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen sie zu sein.

Der gegenwärtig herrschende Opportunismus erzielt im Gegenteil die von der Arbeiterpartei sich lösenden Vertreter der besser bezahlten Arbeiter, die sich erträglich unter dem Kapitalismus „anzureichen“ wissen, die ihre Erbschaft für ein Linsengericht verkaufen, d. h. auf die Rolle revolutionärer Führer des Volkes gegen die Bourgeoisie verzichten.

N. Lenin
in „Staat und Revolution“, 2. Kapitel.

Die Interessen des französischen Kapitals.

Es ist für das kapitalistische Frankreich ein Lebensinteresse, daß Deutschland ihm die Reparationsleistungen in voller Höhe zahlt — das sollen die folgenden Zeilen zeigen.

Für den deutschen Arbeiter ist heute das Reparationsproblem der Inbegriff einer unausgesetzten Teuerung und eines maßlosen Steuerdrucks. Es ist das die Folge nicht nur der Erpresserpolitik des französischen Kapitals, sondern gleichermaßen der Fronvotipolitik der deutschen Bourgeoisie. Und die deutsche Bourgeoisie versteht es, das Drängen der französischen Bourgeoisie auf volle Zahlung der Reparationsraten auszunutzen in ihrem Sinne. Sie versucht es, die wachsende Not des werktätigen deutschen Volkes hinzustellen als eine notwendige Folge des Unverständes der „französischen Nation“. Und darüber hinaus macht sie den deutschen Arbeitern und Bauern Illusionen, als sei es nur der böse Wille dieser „Nation“, der das Elend über Deutschland bringt und als sei es nur eine Sache der „Einsicht der Vernunft“, daß dieser „böse Wille“ schwindet und mit ihm das Elend des deutschen Proletariats.

Demgegenüber ist es für die deutschen Arbeiter lebensnotwendig, den Dingen, wie sie in Wirklichkeit sind, scharf ins Auge zu sehen.

Frankreichs wirtschaftliche Lage.

Die wirtschaftliche Lage Frankreichs ist anderer Natur als die jedem Arbeiter bekannte Lage der großen Industriestaaten Amerika und England. Die Wirtschaftskrise ist in Frankreich fast überwunden, seit Monaten schon wird die Zahl der Arbeitslosen auf nicht mehr als 20.000 geschätzt — eine ganz geringe Anzahl gegenüber den zwei Millionen in England, den sieben Millionen in den Vereinigten Staaten und den 140.000 in der Schweiz.

Es sind nur ganz bestimmte Kreise der französischen Bourgeoisie, die schwer unter der internationalen Absatzkrise leiden: abgesehen von einigen Spezialindustrien, die mit der deutschen Schleuderkonkurrenz zu kämpfen haben, vor allem das französische Reederei- und Handelskapital, also eben jene Kreise, die zu einer Zeit, als von Frankreich offiziell noch die Interventionspolitik Sowjetrußland gegenüber betrieben wurde, mit diesem Sowjetrußland bereits Geschäfte begannen und sich ganz besonders für den Handel am Schwarzen Meer interessierten.

Wenn heute für die französische Industrie eine Absatzkrise längst nicht in dem Ausmaß besteht wie etwa für England und die Vereinigten Staaten, so deshalb, weil die französische Industrie zur Überwindung dieser Krise einen ganz wesentlichen Vorprung hat: die deutschen Kohlen- und Sachlieferungen erlauben es der französischen Industrie, vor allem der Stahl- und Eisenindustrie, die Produktionskosten niedriger zu halten als es das englische oder amerikanische Kapital trotz des gewaltigen Lohnabbaues in diesen Ländern tun können. So konnte der französische Kapitalist leicht seine Konkurrenten auf dem Weltmarkt unterbieten.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß die soziale Struktur Frankreichs trotz der Annexion Elsaß-Lothringens heute noch eine andere ist als die Englands oder Amerikas. In der Vorkriegszeit waren 41 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Frankreich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, heute mögen es nach Schätzung 38–40 Prozent sein. Dagegen sind es in den Vereinigten Staaten 30 Prozent, in England gar nur 9 Prozent. Diese Ziffern zeigen, in wie viel höherem Grade Frankreich agrarische Interessen hat als England, ein Maß dafür, daß die Interessen des Industriekapitals nicht in demselben Maße ausschlaggebend sind, wie in England oder Amerika.

Alles das ist freilich noch kein Grund, die wirtschaftliche Lage Frankreichs etwa gesund zu nennen. Wenn beispielsweise „Le Temps“ vom 22. Januar in der Entwicklung des französischen Außenhandels nur „erfreuliche Ergebnisse“ konstatiert und im Zusammenhang damit für die weitere Entwicklung der französischen Wirtschaft die günstigsten Aussichten ankündigt, so ist das eine Täuschung. Der französische Außenhandel zeigt fürs erste, daß an der Warenmenge gemessen, die Einfuhr im Jahre 1921 um 15 Prozent, die Ausfuhr um 27 Prozent hinter den Ziffern des Jahres 1913 zurücksteht, und das trotz der Vergrößerung des französischen Gebiets durch die Annexion Elsaß-Lothringens.

Und wenn wir uns das Bild des französischen Außenhandels genauer ansehen — „L'Economiste Français“ vom 4. Februar gibt eine genaue Uebersicht —, so zeigt sich, worauf sich in Wirklichkeit die „Besserung“ des französischen Außenhandels begründet. Es ist nämlich nicht ein Anwachsen der französischen Ausfuhr zu verdanken, sondern vielmehr einer Veranschärfung der Einfuhr, und zwar vor allem der Einfuhr von Rohstoffen: zweifellos kein „günstiges Zeichen“ für die weitere Entwicklung der französischen Industrie.

Die Staatsfinanzen.

Im Mittelpunkt der Interessen des kapitalistischen Frankreichs steht der Zustand des französischen Staatshaushalts. Die Gesamtschuld Frankreichs beläuft sich heute auf 329,5 Milliarden Francs. Für das laufende Jahr ist das Defizit im französischen Staatshaushalt mit etwa 8 Milliarden Francs errechnet. Die Schulden Frankreichs den Vereinigten Staaten gegenüber belaufen sich auf etwa 3,4 Milliarden Dollar, das sind über 40 Milliarden Papierfrancs. Bisher hat Frankreich für diese von den Vereinigten Staaten geliehenen Summen nichts verzinst, ge-

schweige denn zurückgezahlt. Diese Ziffern machen das Interesse des französischen Staates an der Zahlung der deutschen Reparationen, vor allem aber an den Barzahlungen Deutschlands verständlich, zumal wenn wir hinzufügen, daß für den französischen Staat der Anteil der deutschen Reparationszahlungen, wie sie in London vereinbart wurden, 22 Prozent des Staatshaushalts ausmachen gegenüber nur 4 Prozent im Staatshaushalt Groß-Britanniens.

Ausschlaggebend ist hierbei, daß bisher Frankreich von den deutschen Reparationszahlungen, abgesehen von den Geldern zur Haltung der Armeen im rheinischen Gebiet, noch nicht einen Pfennig erhalten hat. In die erste Goldmilliarde hätten sich England und Belgien geteilt. M. d. Lasterrie hat dies in seinem Sensenbericht an der Hand von Ziffern konstatiert, und „L'Economiste Européen“ vom 13. Januar schrieb dazu folgendes:

„Wir müßten also entweder weiter im Elend verharren, abhängig von dem guten Willen unseres Bestiegen, oder aber uns tapfer ans Werk zu machen, gestützt nur auf unsere eigenen Kräfte.“

Diese Zeitschrift gibt sodann eine Uebersicht, in welcher Weise von Frankreich bisher dieser zweite Weg beschritten worden ist. Es sind zu Reparationszwecken bisher insgesamt folgende Summen ausgegeben worden (in Papierfrancs berechnet):

Wiedergutmachung von sachlichen Schäden 54 Milliarden Fr.
Wiedergutmachung von persönlichen Schäden
(Gelder für Invaliden, Hinterbliebenen usw.) 20 „ „ „ „
Zinsen für aufgebrauchte Anleihen 6 „ „ „ „
Insgesamt also 80 Milliarden Fr.

Wie wurden diese Summen aufgebracht und was wurde mit ihnen erzielt?

Frankreich hat bisher die genannten Summen durch folgende Mittel erhalten:

1. Durch Ausgabe von Banknoten;
2. Durch innere Anleihen;
3. Durch Anleihen in den Vereinigten Staaten;
4. Durch starken Steuerdruck.

Kein Wunder, daß all diese Ausgaben, zu denen noch die gewaltigen Aufwendungen kommen, die Frankreich für seine Armeen und ebenso für die Armeen anderer Länder, ebenso für die Interventionspolitik Sowjetrußlands gegenüber gemacht hat, den französischen Staatshaushalt zerrütet haben. Aber weniger die Not der Bevölkerung in den zerstörten Norddepartements als das Interesse der geschädigten Kapitalisten in diesen Gebieten zwingt den französischen Staat, sich an den „Wiederaufbau“ Nordfrankreichs zu machen;

„die Wiederherstellung unserer Provinzen im Norden und Nordosten ist für uns eine Frage auf Leben und Tod“, heißt es in dem von uns genannten Bericht des „L'Economiste Européen“.

Trotzdem ist von einer wirklichen Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, von einer wirklichen Hilfe für die geschädigte Bevölkerung bisher kaum die Rede. All diese Zahlen aber zeigen, wie das kapitalistische Frankreich in der Tat angewiesen ist auf das, was Deutschland ihm zahlen soll, wie es für dies Frankreich, das in erster Linie seine Kapitalisten zu entschädigen hat, dessen imperialistische Politik riesenhafte Summen für militärische Zwecke verschluckt, nicht eine Frage der Willkür, sondern eine Frage der Existenz ist, ob es von Deutschland Reparationszahlungen bekommt oder nicht.

Die auswärtigen Interessen des französischen Kapitals.

Der Gegensatz zwischen England und Frankreich ist nicht nur begründet in der verschiedenen Stellung der beiden Staaten der Reparationsfrage gegenüber; aber schon der Umstand, daß es in dieser Frage für Frankreich das Hauptinteresse ist, seinen Staatshaushalt zu sanieren, für England dagegen, seine Wirtschaftskrise zu überwinden, bildet einen steten Konflikt zwischen beiden Interessensphären. Dazu kommt, daß das französische Kapital überall, wo es Märkte für Kapitalanlagen sucht, in Nordafrika, weit mehr noch in Vorderasien, im Gegensatz steht zum englischen Kapital. Das kapitalistische Frankreich versucht, seine Interessen England gegenüber dadurch durchzusetzen, daß es dem englischen Imperialismus starke eigene Machtpositionen gegenüberstellt: dabei die politische, finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung Polens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Rumaniens und der Türkei. Daher auch das Verhalten Frankreichs gegenüber Sowjetrußland, das in ganz anderen Interessen wurzelt, als das Verhalten des englischen Kapitals. Für Frankreich kommt es darauf an, eine englische Hegemonie über Zentral- und Osteuropa zu verhindern, und es fürchtet eine solche Hegemonie, falls das Internationale Finanzkonsortium zur Erschließung Sowjetrußlands nach englischem Wunsch zustande kommt. Daher auch die Versuche Frankreichs, sich Sowjetrußland zu nähern, nicht, weil es dies Land als Absatzmarkt braucht, sondern weil es als die neben ihm stärkste Militärmacht der Welt ein Gegengewicht gegen England bildet.

Zusammenfassung.

Es ergibt sich aus dieser Uebersicht, daß Deutschland von einem kapitalistischen Frankreich nichts anderes zu erwarten hat als den Zwang, seine Reparationsleistungen zu erfüllen, gleichviel, ob in Frankreich Briand oder Poincaré Ministerpräsident ist, gleichviel, wer in Deutschland regiert.

Eine Aenderung der Wiederaufbaufrage ist nur dann möglich, wenn nicht mehr Reparationen an ein kapitalistisches Frankreich zu leisten sind, wenn fürs erste die jenen Posten gestrichen werden könnten, die nur den französischen Kapitalisten und der militaristischen Politik des kapitalistischen Frankreich dienen, wenn vielmehr der wirkliche Aufbau der zerstörten Gebiete gemeinsam durch das deutsche und französische Proletariat in Angriff genommen werden kann.

Das deutsche Proletariat darf sich über die heutige Situation keinen Illusionen hingeben. Die „Lösung“ der Reparationsfrage von heute bedeutet für das französische Kapital die Möglichkeit, seine imperialistische Politik anzuknüpfen, für das deutsche Kapital die Möglichkeit, gute Geschäfte zu machen. Sie bedeutet weiter, daß der geschädigten Bevölkerung Nordfrankreichs nicht geholfen wird und die deutschen werktätigen Massen in immer größerem Elend geraten. Es ist Sache des Proletariats, diesen Zustand zu beseitigen. Eine Arbeiterregierung in Deutschland ist dazu der erste Schritt.

A. Friedrich.

Der Wiederaufbau in Frankreich.

„The Economist“ vom 11. Februar gibt eine Uebersicht über den Stand des Wiederaufbaus in Nordfrankreich.

Die Gesamtsumme der Schäden, die die französische Industrie im Norden und Nordosten Frankreichs infolge des Krieges erlitten hat, beläuft sich auf 6,5 Milliarden Goldmark oder auf 24,25 Milliarden Papierfrancs; die französischen Kapitalisten verlangen, daß ihre Betriebe auf Staatskosten vollkommen instand gemacht werden. Es sind bereits 3.986 Betriebe (mit mehr als 20 Arbeitern) instand gesetzt worden, das sind weit über 80 Prozent der beschädigten und zerstörten Unternehmungen. Das Geld zu dieser Instandsetzung stammt nicht etwa aus deutschen Reparationszahlungen. 6 Milliarden Papierfrancs sind in Form einer inneren Anleihe von Staats wegen aufgebracht worden. Die Unternehmer der zerstörten Betriebe verfügen aber über Barmittel genug, um selber 11,2 Milliarden Papierfrancs aufzubringen und dem Staat vorzuschließen. Sie verlangen diese vorgeschossenen Summen selbstverständlich vom Staat zurück.

Andererseits es mit den Arbeitern in diesen Betrieben. Die Zahl der Beschäftigten beträgt nach den Angaben des neuen französischen Reparationsministers Reibel nur 423.744, das sind weniger als die Hälfte gegenüber der Vorkriegszeit.

Die Zahl der zerstörten Häuser betrug am Tage des Waffenstillstandes 280.047; außerdem hatten 422.136 Häuser mehr oder minder starke Beschädigungen erlitten. Von den beschädigten Häusern waren bis zum 1. Januar 1922 335.479 wieder repariert, einmündig wurden bisher keine nennenswerte Zahl von Häusern.

Zur selben Zeit waren fast 54.000 Kilometer Straßen, davon waren bis zum 1. Oktober 1922 über die Hälfte, nämlich fast 32.000 Kilometer wiederhergestellt.

Den größten Posten in dem französischen Wiederaufbau macht die obengenannte Entschädigung an die französischen Kapitalisten aus. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß in dieser Summe noch nicht die Schädigungen inbegriffen sind, die die Bergwerke und die Eisenbahnbetriebe während des Krieges erlitten haben.



Im Dezember 1921 war die Handelsbilanz Deutschlands aktiv, das heißt, die Ausfuhr war größer als die Einfuhr. „Echo de Paris“ schreibt im Zusammenhang damit, es sei ein Erfolg, daß die Reparationskommission anerkannt habe, daß im Dezember 1921 und im Jahre 1922 die deutsche Ausfuhrziffer die Einfuhrziffer überstiegen hat. Und nicht nur die französische, sondern gleichermaßen die deutsche bürgerliche Presse, versuchen, diese Entwicklung des deutschen Außenhandels als „günstig“ darzustellen.

Unser Schaubild, entnommen Heft 2 von „Wirtschaft und Statistik“, zeigt, worauf die Aktivität der deutschen Handelsbilanz beruht: vor allem auf dem starken Rückgang der Einfuhr an Rohstoffen (Kohle, Erdöl, Spinnstoffe), an Futtermitteln (Mais, Gerste), an Lebensmitteln (Weizen, Roggen, Kolonialwaren). Es ist der tiefe Stand der deutschen Valuta, der eine Einfuhr der notwendigsten Rohstoffe und Lebensmittel in ausreichendem Maß verbietet und der bewirkt, daß gleichzeitig die Ausfuhr von Fertigfabrikaten und Rohstoffen sich nicht vermindert, sondern zum Teil noch weiter anwächst. So spiegelt unser Schaubild den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft wider.

Die mitteleuropäischen Kulis.

„The Daily Herald“, das meistgelesene englische Arbeiterblatt, berichtet in seiner Nummer vom 12. Januar, daß heute in viel größerem Maßstab als früher Rohwolle von England nach Deutschland zum Klammern geschickt wird. Der Grund dafür ist die Billigkeit der deutschen Arbeitskräfte. Die aus den deutschen Klammern hervorgehenden Kanntzüge werden alsdann in England billiger verkauft, als die, die in England selbst hergestellt sind.

In gleicher Weise wirkt der Kullon des polnischen Arbeiters. Die Wolllangstapeln in Bradford haben beispielsweise in Polen Maschinen zum Klammern der Wolle erworben. Für den englischen Unternehmer bedeutet das eine gewaltige Verbilligung der Produktion, denn die polnischen Arbeiterinnen kommen für nur 8 bis 10 Schilling die Woche, die Löhne der englischen Arbeiter in Bradford selber dagegen auf mehr als 3 Pfund Sterling. Der englische Arbeitslohn kommt also mindestens 6 bis 8 mal so hoch wie der polnische.

Nach dem Gewerkschaftskongress in der Tschchoslowakei.

Von M. G. S. (Schluß)

Die extremen linken Elemente verfolgten ihre Ansicht, daß der Landarbeiterverband außerhalb des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes bleiben sollte, nach dem, was sie sagten, es sei zu erwarten, daß die Gewerkschaftszentrale, die sich in den Händen der rechten Sozialdemokraten befindet, gemäß dem Kongress zur Liquidation der revolutionären Gruppen oder sogar der Verbände übergeben werde. In einem ähnlichen Falle sollte dann der Verband der kommunistischen Landarbeiter zu einem Zentralisationspunkt werden, um den sich die ausgeschlossenen Gruppen und Verbände sammeln könnten. Wenn also der Landarbeiterverband seine Beziehungen zu die Gewerkschaftszentrale zählt, spart er nur Geld, denn es ist sicher, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftszentralen früher oder später die Gewerkschaftsbewegung spalten werden.

Wenn wir nun die ganze Angelegenheit von dieser Seite aus betrachten, müssen wir zugeben, daß die 300.000 Frauen, die der Herr Lagerer von den Landarbeitern forderte, wirklich gar keine Rolle spielen konnten. Durch die Härtnachgiebigkeit einiger Gewerkschaften ist es zwischen der Gewerkschaftszentrale und dem Landarbeiterverband zu keiner Einigung und es erfolgte niemandem auch kein einziger kommunistischer Landarbeiter auf dem Kongress. Infolge der späten Stellungnahme der Partei zur Frage des Gewerkschaftskongresses kamen aber auch die übrigen kommunistischen Delegierten gänzlich ungenügend vorbereitet zum Kongress. Die Anträge und Resolutionen wurden in aller Eile im letzten Augenblick erst zusammengestellt und es herrschte Eilemangel, die wiederum durch eine neue seltsame Behauptung der extremen linken Verbreitung fand. Es war von vornherein klar, daß auf dem Kongress Kampfergebnisse zu erwarten waren, die den kommunistischen Arbeitern eine neue Aufgabe nämlich: Die Arbeiterklasse und natürlich auch die Führung der Gewerkschaftsbewegung wird in der allernächsten Zeit schwere Kämpfe durchzumachen haben. Die deutlichen Rückschlüsse würde man dann den Kommunisten zur Schuld anrechnen, wenn wir die Führung der Gewerkschaften übernehmen sollten.

Was soll man zu dieser Behauptung sagen? Gleicht sie nicht den Ausstellungen, die alle Sozialdemokraten in Bezug auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter bereit halten? Oder hoffen die extremen linken Genossen etwa, es wird später eine für das Proletariat kampflose Epoche eintreten, und sie wollen aus diesem Stand erst später in den Vordergrund der Kämpfe — die nicht mehr stattfinden werden — treten? Wozu waren aber die Kommunisten dann eigentlich da, wenn nicht zum Kampf?

Stellt man diese Fragen, die sich in diesem Zusammenhang von selbst aufwerfen, so erhebt man sofort, daß eine ähnliche Behauptung höchst falsch, wenn nicht feige ist. Die Eroberung der Gewerkschaften in der Tschchoslowakei ist und diesmal nicht gelungen. Das ist Tatsache. Aber trotzdem muß ein jeder, der sich Kommunist nennt, sein Möglichstes tun, um den Kommunisten bei dem nächsten Kongress die Übernahme der Führung zu sichern. Durch die Aussicht auf die Kämpfe und die Verantwortung, die uns dann bevorsteht, dürfen wir uns nicht abhalten lassen. Die Kommunisten sind doch diejenigen, die in allen Kämpfen — seien es Kämpfe um wirtschaftliche Forderungen des Proletariats oder der endgültige Kampf um die politische Macht — in den Vorderreihen der Kämpfenden stehen müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Situation in zwei oder drei Jahren so günstig gestalten wird, daß dann die Aufgabe der Kommunisten dort, wo sie führende Stellungen eingenommen haben, zu einer leichteren werden wird. Über wollen wir uns auch dann erst eine noch günstigere Situation abwarten?

Alles in allem: Die oben angeführte Ansicht ist gänzlich falsch für die extremen linken Strömungen, die, wie bereits gesagt, in allen kommunistischen Parteien zu finden sind, und die Genossen, die diesen Ansichten halbtönen, unterscheiden sich am besten von der Masse der übrigen Genossen dadurch, daß sie feige und allein nur auf die Vorteile eingestrichelt sind. Nach dem es aber — so sehr es auch allen tat — die tatsächlichen Verhältnisse nicht gestatten, sofort und überall den sozialen Umsturz und die Übernahme der Macht durch das Proletariat zu bewerkstelligen, verlieren sich diese Elemente in nutzlosen Brüten und unfruchtbarer Theoretik in kleinen Konventikeln, statt laut Befehl der III. Internationale unter die Massen zu gehen und kein Mittel und keinen Weg unversucht zu lassen, um das Proletariat für seine geschichtliche Aufgabe fähiger zu machen.

Der Gewerkschaftskongress in der Tschchoslowakei bedeutet eine Epoche für die dortigen Arbeiterbewegung. Es ist anzunehmen, daß es uns jetzt kaum gelingen wird, auf frühere Art in bestimmten Gewerkschaften Fuß zu fassen, wo wir bis jetzt nicht durchgekommen sind. Es ist auch wahrscheinlich, daß die Gewerkschaftszentrale jetzt einzelne kommunistische Sekretäre entsenden wird und eventuell ganze kommunistische Gruppen aus dem Zentralverband ausschließen wird. Überall müssen wir also wieder neue revolutionäre Zellen bilden und die aus noch feindlich gehaltenen Gruppen auf diese Weise zu durchdringen suchen. Es scheint uns aber, daß in dieser Epoche ein noch besseres Mittel zur Erlangung der Gewerkschaften bereits in der Hand der Bildung der revolutionären Kampffront des gesamten Proletariats gebunden ist und daß wir in der Tschchoslowakei durch dieses Mittel nicht nur beträchtliche Teile der indifferenten Arbeiterschaft, sondern auch die gewerkschaftlich organisierten, sich noch in der Macht der Gewerkschaftszentralen befindlichen Massen in die einheitliche revolutionäre Kampffront des Proletariats überführen werden.

Revolutionäre Bewegung.

Der Eisenbahnerstreik in Indien.

Aus London wird gemeldet: Der Streik der indischen Eisenbahner gewinnt an Ausdehnung. Es haben sich auch die indischen Eisenbahnerstreik in Jamshedpur, wo 11.000 Arbeiter beschäftigt sind, der Bewegung angeschlossen.

Der Abwehrkampf des englischen Proletariats.

Aus London wird gemeldet: Eine Kampagne der englischen Arbeiter, die von 200 Delegierten geleitet wird, hat einmütig die Forderung der Internationals und Sozialisten abgelehnt, einen entsprechenden Beschluß fassen eine Lösung der englischen Streikbewegung.

Aus der Partei.

Neue Hilfe.

Im alle Parteizentrale und Parteigruppen im Bezirk Schöten. Am 1. und 2. sind Meetings bei den Ortsgruppen der linken Sozialisten und Demokraten der Partei durchgeführt. Bei den Ortsgruppen verhandelt wurde über den Inhalt des neuen Parteiprogramms und die Aufgaben der Partei. Die Ortsgruppen sind an dem Parteiprogramm interessiert. Die Ortsgruppen sind an dem Parteiprogramm interessiert.

Der kommunistische Gewerkschaftler.

Die Nr. 6 und 7 des von der Gewerkschaftszentrale der SPD herausgegebenen Wochenblattes enthält ein interessantes Interview mit dem Herrn Lagerer, der in diesem Interview über die Gewerkschaftsbewegung in der Tschchoslowakei und die Rolle der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung spricht. Er erzählt, wie er die Gewerkschaftsbewegung in der Tschchoslowakei kennen gelernt hat und wie er die Gewerkschaftsbewegung in der Tschchoslowakei kennen gelernt hat.

Fendale Raubritter.

Die Jagd auf Proleten — ein vornehmer Sport der Adelskittie.

Die Junker v. Röhne, die am Potsdamer Schwielowsee aus traditionellem Nachhaken und Eigentumsfanatismus die Jagd auf Menschen sporadisch betreiben, laufen noch immer frei herum. Da ihnen die Revolution nicht wehe getan hat, trümmen ihnen ebensowenig die heutige Justiz ein Paar. Die schließlichen Herrschaften blieben sich noch im vollen Besitz ihrer hundertfachen Rechte auf Leben und Tod der anderen. Die bürgerliche Justiz ist ja auch nur dazu da, um einer Unzahl von Beamten der herrschenden Klasse auf Kosten der steuerzahlenden Arbeiter ein außerordentliches Dasein zu sichern. Die Justiz ist berufen, unter dem geschlossenen Vorwand der Objektivität das Proletariat zu knebeln. „Ruhe und Ordnung“ soll sie schaffen, soweit es das Proletariat betrifft. Wie wäre es sonst möglich, daß dieser Herr Karl v. Röhne auf Schloß Bessow am Schwielowsee nun schon wieder in der Potsdamer Gegend mit dem Schießpfeil herumläuft und diesmal einen 61-jährigen Familienvater lebensgefährlich verwundete, der im Fort ein Kaminogen abfügte, um seiner kranken Frau eine warme Stube zu verschaffen. Eben erst hat der Sohn dieses Menschenjäger vor Gericht gestanden, aber hauptsächlich war die lächerliche Selbststrafe für ihn nur eine Aufforderung zu neuen mordlustigen Taten.

Das Staatsbad des Erleges hat wahrscheinlich nicht seine volle Wirkung gehabt. Noch ist die Menschheit nicht gesundet, noch muß Herr v. Röhne den Arzt spielen. Er wird dabei nicht nur von der deutschnationalen Presse unterstützt, sondern auch von der Justiz, so, er wird durch lächerlich geringe Strafen geradezu aufgemuntert, seine Schießereien fortzusetzen. Erst jetzt wieder in diesem neuesten Fall hat die Staatsanwaltschaft Potsdam — vielleicht um zu beweisen, daß der Geist von Potsdam noch lebt — den traurigen Knecht befehlen, sich erst nach sechs Tagen um den Fall zu kümmern. Man hat nicht etwa Herrn v. Röhne verhaftet, — das verhielte der alte Gott, der seine Frauen nicht verläßt! — die Staatsanwaltschaft hat vielmehr nur angefragt, ob der Angeklagte tot wäre. Man muß nicht glauben, die Staatsanwaltschaft habe dadurch Teilnahme bezugen wollen. Sie gab nur die Anordnung: „Sollte der Mann sterben, ist die Leiche zu beschlagnahmen.“ Inzwischen hat Herr v. Röhne Gelegenheit, nach neuen Opfern zu jagen.

Jeder Arbeiter würde längst ins Jagdhäuschen gesperrt worden, wenn er nur halb so schlimm gegen Menschenleben wütelte. Hier aber macht sich die Justiz wesentlich zum Mitschuldigen. Sie gehört von der Staatsanwaltschaft bis zu ihrem Schlichting Herrn v. Röhne und seiner ganzen Klasse vor ein revolutionäres Volksgericht. Nachdem sich die ganze Bevölkerung der Pomeranien-Region zu erregten Massenunruhen aufgeregelt hat, wurde unter dem Druck der Öffentlichkeit das zuständige Amtsgericht wieder vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht ersucht, über den Erlass eines Haftbefehls gegen v. Röhne so rasch wie möglich zu entscheiden. Trotzdem rühmt sich beim Gericht keine Hand gegen das Raubrittertum. Man sucht viel lieber und energischer die alligen Korbbuben gegen die angebotene Lynchjustiz zu jagen, und der Amtsvorsteher von Glinow erklärte in einer Versammlung, die Potsdamer Sicherheitsbehörden warteten nur auf die gewünschte Handhabe zum Einschreiten gegen die Einwohnererschaft.

Der Enttäuschungsturm der Bevölkerung.

Eine riesige Protestversammlung mit anschließender Demonstration nahm am vergangenen Sonntag folgende Resolution an: Die Einwohnererschaft von Werder, Gahleberg, Glinow, Piesing, Biesdorf, Niebendorf, Gellow, Paputh, Jersch, Rammerode, Wittelsdorf hat sich in einer öffentlichen Versammlung mit dem Schicksal der Herren v. Röhne beschäftigt. Die Bevölkerung ist solange an Leid und Leben bedroht, solange nicht die Familie v. Röhne rasch entwaflnet und jeder anstrengende Kampf gegen die Raubritterjustiz der v. Röhne gestoppt ist. In einzelnen richtet die Bevölkerung an die Regierung folgende Forderungen:

1. Die Bekämpfung der Herren v. Röhne und die Bekämpfung der Forderung gegen den Hauptmann und Rittergutsbesitzer Karl v. Röhne auf Nordverdracht.

Vom Sozialismus zur Sozialdemokratie.

Aus der NSD an die deutschen Eisenbahner. — Verdient ein Eisenbahner in Kommunalbetrieben gegen den Sozialismus? — Unser letzter Sammelheft — Internationale Arbeiterbewegung: Amsterdam und die internationale Einheit. — Röhne und Preise in England. — Gewerkschaftliche Auslands-Kundschau. — Aus den Bezirken und Industrieregionen.

Genossen! Soziale für weitere Verbesserung dieser Sondernummer und wercht dabei neue Abonnenten für den „Kommunistischen Gewerkschaftler“, der in den gegenwärtigen Kämpfen, wo die Gewerkschaftsbureaus und ihre Presse vollkommen versagen.

Für jeden revolutionären deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten unentgeltlich ist.

Die Gesamtauflage der diesjährigen Nummer ist eine bedeutend höhere als bisher und es werden daher prozentual an die einzelnen Bezirke mehr Exemplare geliefert. Die Genossen, die bisher den Vertrieb in der Hand hatten, werden hiermit aufgefordert, die überflüssigen Exemplare zum Preis von 50 Pfennig bei Herrn Kollagen und ganz besonders unter den Beamten und Arbeitern zu vertreiben. Der Erlös wird möglichst rasch an die Expedition (Berlin, Rosa, Berlin, Platz 17) eingekandt werden.

Im städtischen Berufsamt.

Dem städtischen Berufsamt wird ausgeschrieben: Je näher dem Berufsamt, um so mehr drängen sich die Kräfte im Berufsamt der Stadt Berlin, was, so weit zentral gelegen, im Verhältnis der Bevölkerung 3 untergebracht ist. Die städtischen Interessen gelangen durch den großen Zustrom zum Eingang des Berufsamts, wo für den Berufsausschuss weitergehendes geschehen werden, je nach dem Bedarf, etwa in die Berufsberatungsbüro, (Berufsamt, Platz 17 bis 2 Uhr) oder zur Berufsberatungsbüro für Handwerker und Kaufleute bzw. für Handel und Industrie, aber zur Abteilung „Berufswahl“, die in ihrer Sondergruppe für langjährige Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge bestmögliche Berufsaussichtungen (z. B. handwerkliche oder kaufmännische z. a. m.) vertritt oder auch für Berufsberatung für Arbeiter höherer Berufsstände (Handwerker oder die Berufsberatungsbüros in Potsdam von 9 bis 12 Uhr).

Es herrscht ein lebhaftes Interesse an dem. Die städtischen Beamten sind bei der Berufsberatung, die jungen Jugendliche, deren Berufswahl im Berufsamt mit dem Berufsamt verbunden ist, nach gründlicher Beratung und im Hinblick auf den Berufswahl, der es mit der höchsten Berechnung ist, in der Lage, sich ein Beispiel einer Berufsberatung zu geben. Die Berufsberatungsbüro hat das Ziel, die Jugendlichen zu helfen, die ihren Berufswahl zu entscheiden. Die Berufsberatungsbüro hat das Ziel, die Jugendlichen zu helfen, die ihren Berufswahl zu entscheiden. Die Berufsberatungsbüro hat das Ziel, die Jugendlichen zu helfen, die ihren Berufswahl zu entscheiden.

- 2. Anordnung der Fürsorge für die Kinder der Familie v. Röhne.
- 3. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberstaatsanwalt von Potsdam wegen Begünstigung.
- 4. Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Beamten der Sicherheitsbehörden, insbesondere gegen den Amtsvorsteher von Piesing und den Vorstand von Gahleberg wegen Belassung der Waffenscheine und Begünstigung der Straftaten.
- 5. Die Regierung wird aufgefordert, den Lebensunterhalt der Opfer des Herrn v. Röhne sicherzustellen.
- 6. Die Regierung muß alle weiteren Fälle nach etlichen nachprüfen, auch diejenigen, die nicht zu einem Ermittlungsverfahren geführt haben.

Der Selbstmord im Outförf des von Röhne.

Die jüngste Tat, die Herr v. Röhne an dem Arbeiter M. Letert an Glinow verübt hat, führt die Erinnerung auf ein geheimnisvolles, ungeklärtes Verbrechen zurück. Die Öffentlichkeit erfuhr bisher davon nichts, weil die Fahndungsbehörde — die Potsdamer Staatsanwaltschaft — über den Schlußfolger bisher nichts erfahren konnte.

Am 2. Mai 1922 gegen 6 Uhr abends begab sich der lebensstrotzige 17-jährige Sohn Otto des Obstdiebes Letert aus dem Elternhause in Gellow auf den Weg nach Bessow. Die Eltern vermuteten, er wolle die Eisenbahn überqueren und dabei das von Röhne an den Vater verpackte Grundstück betreten. Der Sohn kehrte dann nicht zurück. Die Eltern des Vermissten setzten alles in Bewegung, um Nachricht von dem Sohne zu erlangen. Am 30. Juli ließ Herr v. Röhne den Letert beschleihen, in der Nähe von dem Outförf eine Leiche gefunden worden mit grauer Haar, braunem Jackett und Schirmmütze, vielleicht sei das sein Sohn. Der bestürzte Vater begab sich zu v. Röhne, der bestätigte, erst jetzt von dem Verschwinden des Jungen gehört zu haben. Herr v. Röhne machte dem Vater klar, daß sich sein Sohn das Leben genommen habe, denn der Revolver liege noch dabei.

Es ist auch jetzt bekannt geworden, daß der feindliche Herr v. Röhne, als man ihm den Leichensfund im Outförf meldete, einfach gesagt hat:

„Lassen Sie ihn doch liegen, der hindert Sie nicht!“

Eine Zeit nach dem mysteriösen Fall gab die Staatsanwaltschaft dem Vater des jungen Letert folgende Auskunft:

In der Ermittlungsangelegenheit, betreffend den Tod Ihres Sohnes, haben die Ermittlungen zur Aufklärung bisher leider nicht geführt. Wenn man, wie Sie meinen, annimmt, daß derselbe einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, — was allerdings nicht von der Hand zu weisen ist, — so haben die Ermittlungen zu einer Entdeckung des Täters nicht geführt. Insbesondere hat Ihr Verdacht gegen den Rittergutsbesitzer v. Röhne, Vater und Sohn, keine ausreichende Bestätigung gefunden. Zur Aufstellung weiterer Ermittlungen stellt es zurzeit an jeglichen Anhaltspunkte. Sollten Sie später etwas in Erfahrung bringen, was zur Ermittlung des Täters führen könnte, so ersuche ich Sie, hiervon zu den Ämtern Mitteilung zu machen.

Wer ist der Mörder des jungen Letert? Sollte diese Frage wirklich so schwer zu beantworten sein?

Wenn man an den feindlichen Schießsport der von Röhne auf lebende Menschenziele denkt, dann dürfte es wohl selbst einer reaktionären Justiz nicht schwer fallen, zu entdecken, wie der junge Letert ums Leben kam. Aber sie will ja nicht. Sie hat alle Hände voll zu tun mit den „Verbrechern“ aus dem Arbeiterstande, vor allem mit den Kommunisten.

Die Herren v. Röhne aber sitzen noch wie vor froh, frei und quittschuldig auf ihrem Raubritterschloß und lachen sich eins ins Häufchen. —

Also, geschehen im Jahre des Heils 1922 unter der Reichspräsidentenschaft des Sozialdemokraten Ebert in der „freiesten Republik der Welt“.

Ich in den weiblichen Abteilungen, die im Vorderhause der Gartenstraße 3 untergebracht sind. Da kommen die Mütter mit den Töchtern und lassen sich von der Berufsberaterin (Sprachzeit täglich 10 bis 12 Uhr), Fingerzeige geben, wie sich am besten der Lebensweg ihres Kindes gestalten ließe; da fragen zahllose Jungmädchen, die sich auf einen überfüllten Beruf verweist haben, immer wieder nach einer Lehrstelle nach „bis ich in der Vermittlungsabteilung das Glück der Erfüllung ihres Wunsches wahr; da ermunde ich junge Mädchen aus Elyen nach dem Ausbildungswege der Gewerbelehrerin, der Laboratoriumsassistentin oder anderer Berufe und erhalten jeden gewünschten Bescheid in der Abteilung Laufbahnberatung, da finden fleißige Lehrertinnen oder Studentinnen Gelegenheit, durch Nachhilfsstunden, die ihnen die Abteilung „Berufswahl“, Sondergruppe für Angehörige höherer Berufe, nachweist, ihre bedrückte Lage zu bessern; da erhalten Hausfrauen, die eine Jugendstübe (14 bis 16 Jahre) für Anfangsstellung suchen, geeignete junge Mädchen nachgewiesen in der Abteilung für jugendliche Hausangestellte (Beschäftigung täglich 11 bis 1 Uhr, 3 bis 5 Uhr, Telefon Ring Nr. 8747).

Man sieht, es ist für all und jedes gesorgt und wer nicht hinget, hat den Schaden. Die moderne Berufsberatung arbeitet sehr höher auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Erfahrung. Ihr Ziel ist, den Berechtigten an den geeigneten Platz zu leiten, um ihn glücklich und höchstleistungsfähig zu machen. Darum verdienen ihre Bestrebungen allezeitige Unterstützung.

Wer legt die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ für Monat März bezieht und bezahlt, erhält die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ für Monat Februar gratis geliefert.

Der Hinterzettel bestellt hiermit vom

Exemplar der nächst erscheinenden Zeitung

„Schlechte Arbeiter-Zeitung“

Organ der kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, Schöten

zum Preise von 9 Mk. monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____

Diese Zeitschrift können wir an die Expedition der „Schlechten Arbeiter-Zeitung“, Berlin, Schöten, Ringstraße 3, im Haus Nr. 8747, Druckerei, mit 10 Pf. frankiert, einsenden.